

Quelle:

https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2016/article/view/457

**„Gender-Wahn stoppen“ (AFD) – wer sich wie und warum
gegen die Kontingenz von Sexualität und Geschlecht artikuliert**

Paula Irene Villa LMU München

Sabine Hark ZIFG TU Berlin

mit Kommentaren von Dr. Manfred Pohl

Schlagworte: Gender, Populismus, offene Gesellschaft,
Schlagwörter, -worte haben eine andere Bedeutung.

Abstract

Die Kommentare zur nachfolgenden Zusammenfassung des angekündigten Vortrages der Autoren Paula Irene Villa und Sabine Hark füge ich in roter Schrift ein.

Dass die Geschlechterdifferenz nicht auf ein asoziales, ahistorisches Faktum reduziert werden kann, ist eine weithin bekannte und vielfach erforschte Einsicht der multidisziplinären Gender Studies. Diese begreifen Geschlecht und die Geschlechterdifferenz bekanntermaßen hinsichtlich ihres ontologischen Status, ihrer Relevanz für alle Sphären des Sozialen und hinsichtlich ihrer spezifischen Materialität und Form als ein immer vorläufiges Resultat gesellschaftlicher Praxis und Strukturen. Hierauf zielt seit Jahrzehnten der in der empirischen Forschung genutzte Begriff [Gender]. Seit mittlerweile etlichen Jahrzehnten wird sozial- und kulturwissenschaftlich auch die Sphäre der Sexualität/des Begehrens als tiefgreifend sozial und politisch ‚gemacht‘ analysiert.

Aus dieser Denkrichtung heraus ist der Begriff „soziales Geschlecht“ entstanden, dem ich keinen Sachinhalt zuzuordnen vermag. Es ist nicht vermittelbar, welchen politischen Inhalt Sexualität oder Begehren haben könnte. Die desöfteren von Einzelnen geäußerte Auffassung, jeder Mensch könne sein Geschlecht selbst frei definieren, entbehrt einer biologisch möglichen Realisierbarkeit.

Nicht nur, aber auch im Rahmen der – auch in der deutschsprachigen Soziologie rezipierten – Queer Studies wird hier Sexualität als „soziale Tatsache“ (Durkheim) untersucht. Zeitlich parallel hat sich politisch weltweit – und damit auch in Europa wie in Deutschland – seit der Weltfrauenkonferenz von Beijing 1995 der [Gender] als *key concept* etabliert. In der Gleichstellungspolitik hat [Gender] hier vielfach den Begriff [Frauen] ersetzt.

Das ist sinnvoll und akzeptabel, weil es nicht nur Frauen und Männer gibt. In die Forschung müssen alle natürlichen Erscheinungsformen einbezogen werden.

Wenn auch je unterschiedlich akzentuiert, wird in Theorie wie politischer Praxis [Gender] dabei im Wesentlichen als ein post-essentialistisches, reflexives und kontingentes Konzept verstanden und verwendet. Und damit als *gestaltungsoffene* Dimensionen des Sozialen, mithin also als Aspekt einer offenen – reflexiven, freiheitlichen – Gesellschaft.

Dieser Abschnitt ist inhaltlich im wesentlichen als akzeptabel anzusehen. Die Aussagen beziehen sich auf die gesellschaftliche Anerkennung aller biologisch-sexuellen Erscheinungsformen als sozial gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft, eine Auffassung, die in Deutschland in der Gesamtbreite der Gesellschaft als realisiert angesehen werden kann, auch wenn im Detail noch signifikante Mängel in der praktischen Durchsetzung bestehen. Wenngleich ein wenig gequirlt formuliert – vermutlich mit der Absicht, daß man es schwerer versteht – wird davon ausgegangen, daß dies in den

Ländern, in denen eine freiheitlich-demokratische Grundordnung besteht, von der Mehrheit der Mitglieder der Gesellschaft anerkannt wird. Es ist notwendig, dies zu erwähnen, weil diese Einsicht zum Beispiel in Ländern mit islamischen Gesellschaftsstrukturen nicht gegeben ist und auch auf lange Sicht nicht erwartet werden kann. In den Ländern des Westens mit demokratischer Prägung gibt es dazu einen gesamtgesellschaftlichen Konsens.

Ein substantieller Fehler der Darstellung besteht jedoch darin, wie bereits im Titel des Beitrages ausgewiesen, daß diese Einsicht all jenen abgesprochen wird, die sich gegen die exzessive Verunstaltung der deutschen Sprache artikulieren, mit der eine geringe Minderheit glaubt, diese Einsicht fördern zu müssen. Nur ausschließlich das ist mit dem Begriff „Gender-Wahn“ gemeint, nicht im mindesten aber die beschriebenen gesellschaftlichen Zusammenhänge. Das sind zwei völlig verschiedene Dinge. Durch die Gleichsetzung der Sprachkritik mit den gesellschaftlichen Zusammenhängen wird ein völlig verzerrtes Bild des Meinungsspektrums in der Bevölkerung erzeugt, das keinen wissenschaftlichen Untersuchungen standhalten kann. Es ist völlig unangemessen, all jenen, die eine sexistische Verformung der deutschen Orthographie und Grammatik ablehnen, mangelnde Einsicht in die Gleichbehandlung der Geschlechter zu unterstellen. Das eine hat mit dem anderen gar nichts zu tun, die Behauptung ist rundheraus falsch.

Unser Beitrag geht hiervon ausgehend der Frage nach, welche Akteur_innen in welcher Weise und mit welchen Absichten Gender als Begriff und Konzept ausdrücklich ablehnen, attackieren und zu diffamieren suchen. Wie unsere ersten, diskursanalytisch orientierten Studien zeigen, sind es in Deutschland wie in Europa vor allem rechtspopulistische Konstellationen, die gegen den vermeintlichen „Genderwahn“ zu Felde ziehen.

Diese falsche Einstellung der Autoren des Beitrages ist allgemein bekannt und wird von der Mehrheit der Bevölkerung auch so bewertet. Es ist die allzu häufig wiederholte stereotype Agitation der Befürworter der Verunstaltung der deutschen Sprache, allen, die sich gegen diese Zerstörungen wenden, eine rechtsgerichtete politische Gesinnung zu unterstellen. Es ist das Pseudoargument, daß jeder, der sich gegen die Zerstörung der Sprache positioniert, ein Nazi sei. Jedoch ist das völlig neben der Sache, und es ist der eigentliche Populismus dieser Darlegungen. Denn all die genannten Akteure wenden sich in keinem einzigen Detail gegen die Gleichbehandlung der Geschlechter in der Gesellschaft, sondern eindeutig nur gegen den Mißbrauch der Sprache in der irrigen Auffassung, damit dieses Ziel erreichen zu können.

Im Zentrum steht die Überlegung, dass sich mit der Chiffre ‚Anti-Genderismus‘ ein Diskurs formiert hat, der nicht nur viele, durchaus heterogene, Konstellationen zwischen rechtsextremen Kameradschaften über rechtskonservative Verbindungen und Parteien und dem Vatikan bis hin zum bürgerlichen Feuilleton verbindet, sondern der auch als neo-fundamentalistisch und explizit anti-wissenschaftlicher Diskurs zu bezeichnen ist.

Eine Chiffre „Anti-Genderismus“ gibt es in Deutschland nicht, es ist eine unsaubere und anmaßende Erfindung der Autoren. Ein „Diskurs“ hat sich auch nicht formiert, es handelt sich dabei um das natürliche und verständliche Verhalten der überwältigenden Mehrheit der Mitglieder der Sprachgemeinschaft gegen die beabsichtigten Zwangsveränderungen unserer Muttersprache, die durch eine verschwindend geringe Minderheit herbeigeführt werden sollen.

Jene, die die diffamierende Rede führen, haben dabei, so unsere These, durchaus verstanden, was der *gender turn* impliziert, nämlich in der Tat ein post-naturalistisches

beziehungsweise post-essentialistisches, ergo gestaltungsoffenes Verständnis von Geschlecht.

Natürlich haben sie das verstanden, die „diffamierende Rede“ wird schließlich nicht gegen die hier mit geschwellenem Vokabular umschriebene Gleichbehandlung der Geschlechter geführt, sondern ausschließlich gegen die Bestrebungen zum Ruinieren der deutschen Sprache, die als sogenannte „politische Korrektheit“ ausgegeben werden sollen. Dafür gibt es keinerlei Bedarf, weil das grammatische und auch das orthographische Regelwerk unserer Sprache alle Möglichkeiten zur Berücksichtigung der gesellschaftlichen Veränderungen in vorzüglicher Weise beinhaltet. Die Unbilden der Genderzeichensetzung und des ausufernden Partizipismus hingegen zerstören diese vielfältigen Möglichkeiten. Mit einem Wort: Die deutsche Sprache ist mit ihrem bestehenden Regelwerk politisch korrekt, die abartig gegenderte Kunstsprache hingegen nicht. Das ist der Grund für die Ablehnung solcher Sprachregulierungen durch die Mehrheit der Völker deutscher Muttersprache.

Hier artikulieren sich u.E. tatsächlich ‚Feinde der offenen Gesellschaft‘, insofern sich diese spezifische Diskreditierungsfigur der Anti-Wissenschaftlichkeit gegenwärtig europaweit mit (rechts-)populistisch-fundamentalistischen Rhetoriken und Dynamiken verbindet, die sich ausdrücklich gegen erreichte Reflexivierungs- und Gestaltungsfreiheiten stemmen. Anti-Wissenschaftlichkeit wird so identifizierbar als Element eines Dispositivs, das im Kern und vorbehaltlich weiterer Klärungen anti-etatistischer und demokratiefeindlicher Natur ist. Der Vortrag greift auf empirisches Material zurück, um das ‚wer sagt was wo‘ eines neo-fundamentalistischen Diskurses zu diskutieren.

Die Autoren versteigen sich hier in schier unglaubliche, völlig wissenschaftsferne Attitüden, für die es keine Nachweise, ja nicht einmal plausible Hinweise gibt. Es ist derweil eine ausgeprägte Arroganz, die Kritiker der Klientel, die mit unwissenschaftlichen Methoden das Kulturgut Sprache niederreformieren will und den Respekt vor ihm verloren hat, als „Feinde der offenen Gesellschaft“ zu betiteln. Antiwissenschaftlichkeit ist folglich eher den Autoren vorzuwerfen, die nicht verstanden haben – oder vielleicht gar nicht verstehen wollen –, daß man die Gleichbehandlung der Geschlechter nicht mit Hilfe sprachlicher Manipulationen erreichen kann. Es gehören zur Erreichung dieses Ziels die in voller Breite ausgeprägten politischen Grundhaltungen, die in Deutschland in aller Form realisiert sind. Es wird ihnen sehr schwerfallen, in unserem Land Menschen zu finden, die sich der Gleichbehandlung der Geschlechter widersetzen wollen, wohl aber werden sie von einer Mehrheit überrollt, die sich gegen die Deformierung der deutschen Sprache ausspricht. Diese beiden grundsätzlich verschiedenen Dinge haben die Autoren nicht zu unterscheiden gelernt. Man erkennt das in voller Deutlichkeit bereits an den vielen trivialen Fragen im ersten Absatz des Vortrages. Diese Unterscheidung wäre jedoch eine Grundvoraussetzung dafür, daß die Genderforschung auf sachlicher und wissenschaftlicher Grundlage geführt werden kann. Ohne diese Unterscheidung ist der gesamte Vortrag, dessen Zusammenfassung ich hier kommentiert habe, eine völlig nutzlose Unternehmung, die in keiner Weise brauchbare Forschungsergebnisse anregen kann, weil er auf falschen Daten und auf irreführenden Behauptungen aufsetzt, die mit selbstherrlichem Narzißmus vorgetragen werden.

Autor/innen-Biografien

Prof. Dr. Paula Irene Villa, LMU München

Prof. Dr. Sabine Hark, ZIFG TU Berlin

Leiterin des Zentrums für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung